

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
27.06.2013
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Doris Kamenzky
Telefon-Nr.
02202-141484

Niederschrift

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr
Sitzung am Dienstag, 30.04.2013

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:20 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 21.02.2013 - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 21.02.2013**
0226/2013
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 **Klimaschutzkonzept des Rheinisch-Bergischen Kreises**
0222/2013

- 7 **Sachstand Projekt RegioGrün**
0195/2013

- 8 **Schallimmissionstechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 2249 –
Ehemaliges Wachendorffgelände -**
0251/2013

- 9 **Altlasten- und Bodengutachten zum Bebauungsplan Nr. 2449 - Ehemaliges
Wachendorffgelände -**
0225/2013

- 10 **Situation des Radverkehrs im Stadtgebiet**
0179/2013

- 11 **Straßenbeleuchtung**
0221/2013

- 12 **Aufhebung des Bewohnerparkens in dem städtischen Wohnquartier Heidkamper
Straße, Cederwald, Cederstraße**
0213/2013

- 13 **Verkehrsführung Buchmühlenstraße**
0186/2013

- 14 **Änderung Straßenbauprogramm**
0227/2013

- 15 **Regionale 2010, Gestaltung des öffentlichen Raumes - Stadtmitte West: Beschluss
zum Lampentyp**
0237/2013

- 16 **Anträge der Fraktionen**
 - 16.1 **Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2013 zu dem beigefügten Bürgerschreiben
vom 01.02.2013, die Verkehrssituationen im Talweg und an der Kreuzung
Bensberger Straße/Richard-Zanders-Straße zu verbessern.**
0217/2013

 - 16.2 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2013, alle Zebrastreifen
mit einer Rotmarkierung für Fahrradfahrer zu versehen**
0219/2013

 - 16.3 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2013 zur Einrichtung
eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Dechant-Müller-Straße/Hauptstraße**
0230/2013

- 16.4** Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 18.03.2013, die untere Hauptstraße in Bergisch Gladbach auf dem Abschnitt zwischen der Kreuzung Dechant-Müller Straße bis zum Driescher Kreuz als Fahrradstraße auszuweisen
0215/2013
- 16.5** Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2013 zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen
0190/2013
- 16.6** Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2013, eingegangen am 16.04.2013, zum Verkehrskonzept für das Umfeld der Naherholungsanlage am Diepeschrather Weg
0220/2013
- 17** Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Günter Ziffus, eröffnet um 17.00 Uhr die 21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr in der Achten Wahlperiode. Er begrüßt die anwesenden Teilnehmer und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs-, sowie fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist. Die Teilnehmer ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Verzeichnis.

Herr Zalfen informiert, dass Herr Galley von Frau Winkels vertreten wird.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 21.02.2013 - öffentlicher Teil -

Herr Ziffus informiert, dass die in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 21.02.2013 von Herrn Buchen gestellte Anfrage erst verspätet beantwortet werden konnte. Daher werde dieses Antwortschreiben der Niederschrift vom 30.04.2013 beigefügt.

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 21.02.2013 0226/2013

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Herr Ziffus teilt mit, dass, wie in der örtlichen Presse erwähnt, eine Probe weise Flutung im Bereich der neuen Trassierung der Strunde in der Innenstadt stattgefunden habe. Eine Schulklasse der benachbarten Grundschule habe beim Pflanzen mitgearbeitet. Anschließend sei so viel Wasser eingeführt worden, dass diese Pflanzen auch wachsen und überleben könnten.

Für ihn sei ein wunderbarer Zyklus erkennbar, der damit abschließe. Er habe seine politische Tätigkeit vor 25 Jahren mit einem Gutachten für den BUND zum Thema "Erstes Konzept der Strundegestaltung in der Innenstadt" begonnen und könne jetzt nach 25 Jahren endlich ein Ergebnis feststellen. Auch wenn die Presse die Bezeichnung "Kanal" gewählt habe, was ja für eine Seite zutrefte, so fließe in diesem Bereich Wasser und er sei erwartungsvoll, wie sich die Innenstadt weiter entwickle.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Schmickler berichtet, dass er mit Erstaunen in einer der örtlichen Tageszeitungen die Kritik des Verschönerungsvereins an der Verwaltung, speziell an der Kollegin Frau Müller-Veit, gelesen habe. Er weist darauf hin, dass sich die Abläufe als grundlegend anders darstellen würden als in der Presse wiedergegeben worden sei, denn es habe sich um Vorschläge des Landschaftsplaners aus dem Planungswettbewerb gehandelt. In den sich anschließenden Gesprächen mit den Künstlern sei jedoch relativ schnell deutlich geworden, dass mit dem Planer zusammen andere Lösungen hätten gefunden werden müssen, die im Wesentlichen darin bestanden hätten, die heutige Situation nicht grundlegend zu verändern. Es habe keineswegs der Aktionen bedurft, von denen in der Zeitung die Rede gewesen sei.

Es habe auch positive Reaktionen auf die Fußgängerzone in Bergisch Gladbach gegeben. In einem Heft Urban 21 werde unter nachhaltiger Städte- und Infrastruktur die gewählte Lösung der Entwässerungsrinne, die gleichzeitig auch als Leitelement für Menschen mit Sehbehinderung diene, als "Richtungsweisende Rinne" bezeichnet, ein schönes Wortspiel im doppelten Sinne.

Im Übrigen habe er sich sehr über die Formulierung in der Presse, "Gladbach liege wieder an der Strunde" gefreut.

Herr Schmickler berichtet weiter, dass heute der Brunnen auf dem Konrad-Adenauer-Platz wieder offiziell in Betrieb genommen worden sei, dank der Unterstützung der VR-Bank und der Firma Krüger, zusammen mit Herrn Uedelhoven und Herrn Krüger senior.

Bei dem Wasserlauf im Forumpark werde die Pumpe noch einmal repariert, damit es bis zur endgültigen Neugestaltung des Forumparkes auch dort gepflegt aussehe.

Anschließend informiert Herr Schmickler zu den von Herrn Ziffus eingereichten Punkten:

Zu Ziffer 1, (Bericht UVS -Teil 2 für die L 286 N) Zu der Umweltverträglichkeitsstudie, Teil 2, habe Herr Ziffus Akteneinsicht genommen. Eine endgültige Fassung gebe es noch nicht. Derzeit werde noch darauf gewartet, dass der Landesbetrieb Straßen NRW mit den entsprechenden Unterlagen auf die Stadt zukomme. Er, Herr Schmickler, werde sich bei seinem zeitnah vorgesehene Termin in Düsseldorf persönlich nach dem Projekt erkundigen.

Zu Ziffer 2, (Beschlussvorlage Renaturierung Hebborner Bach, Kosten > 100.000 €. Artikel in der BLZ am 09.04.2013) Zu der Renaturierung Hebborner Bach gebe es eine Maßnahme in der Nähe der Kreuzung mit der B 506. Hier handele es sich um eine Maßnahme in Umsetzung eines rechtskräftigen Bebauungsplanes, die durch den privaten Eigentümer durchgeführt werde. D.h. er entwickle die Dinge so, wie es der Bebauungsplan vorsehe, damit er auch die Grundstücke entsprechend den Vorgaben des Bebauungsplanes bebauen könne. Es handele sich um eine private Maßnahme, an der die Stadt über den Strundeverband als Unterhaltungsträger beteiligt worden sei. Raum für eine politische Diskussion sei nicht geben und insofern auch keine Beteiligung dieses Ausschusses.

Zu Ziffer 3, (Wann wurde der konkrete Ausbau der Stationsstraße im AUKV beschlossen?) nennt Herr Schmickler 24.06.2010, Vorlage 0202/2010, 02.09.2010, Vorlage 0427/2010, 16.11.2010, Vorlage 0554/2010 und 28.11.2012, Vorlage 0618/2012. Entsprechend dieser Beschlüsse würden die Maßnahmen derzeit umgesetzt und hoffentlich bald fertig gestellt.

Zu Ziffer 4, (Weitere laufende Maßnahmen im Gewässerbau?), die dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vorzulegen wären, seien derzeit der Verwaltung keine konkret bekannt.

Zu Ziffer 5, (Ist es rechtlich möglich, auf einer Fläche, die in einem B-Plan als "Fläche für die Forstwirtschaft" ausgewiesen ist, einen Kletterpark einzurichten?) Wie inzwischen allgemein bekannt, sei dies nicht so einfach möglich. In den der Verwaltung genannten Vergleichsfällen habe man spezielle Festsetzungen in den Bebauungsplänen in der Regel als Sondergebiete getroffen.

Herr Ziffus erläutert, dass es sich bei den vorgetragenen Punkten um die Bitte gehandelt habe, diese Fakten noch einmal im Plenum klar zu stellen.

6. Klimaschutzkonzept des Rheinisch-Bergischen Kreises

0222/2013

Herr Ziffus begrüßt Herrn Wölwer, der gekommen sei, um das sehr umfangreiche Klimaschutzkonzept vorzustellen. Er hoffe, dass dieser Vortrag dazu beitrage, die hier in der Vorlage der Stadt genannten Horrorzahlen ein wenig zu relativieren, denn wenn hier einerseits von 8.5 Milliarden Euro insgesamt die Rede sei, dann aber die Nutzeneffekte auf Millionengrößen gestückelt würden, entstehe der Eindruck, dass die Kosten riesig seien und der Nutzen sehr gering. Er persönlich sei darauf gekommen, dass am Ende gar nicht so viel übrig bleibe, nämlich 27,75 Euro pro Einwohner im Monat im Kreisgebiet, als keineswegs solch erschreckende Zahl.

Herr Wölwer stellt sich als Leiter der Standortentwicklung beim Rheinisch-Bergischen Kreis vor, die sich seit Mitte der 90er Jahre u.a. mit dem Bereich Klimaschutz beschäftige und zusammen mit den wesentlichen Akteuren ein Leitbild im Jahr 2000 entwickelt und im Rahmen des Strategiprojektes RWK 2020 als eines der Startprojekte das Thema Klimaschutz aufgenommen habe. Zu diesem Zeitpunkt sei man in den Dialog gekommen mit der Stadt Bergisch Gladbach und allen andere kreisangehörigen Kommunen zwecks Erstellung und Umsetzung solcher Konzepte. Zu diesem Zweck sei ein Facharbeitskreis gegründet worden, dem neben den Kommunen auch die Energieversorger des Kreises, die Kreishandwerkerschaft und Haus und Grund angehören würden. Angesichts der Reaktorkatastrophe von Fukushima sei das Bestreben hinzu gekommen, möglichst schnell zu hundert prozentiger Versorgung mit erneuerbaren Energien zu gelangen.

Vor einer Zielformulierung sei eine Bestandsaufnahme bereits bestehender Klimaschutzaktivitäten innerhalb des Kreises, den Kommunen, den Energieversorgern und bei den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen erfolgt mit dem Ziel zu ermitteln, wie viel Energie im Kreis verbraucht und wie viel CO² dabei ausgestoßen werde und welche Potentiale und Strategien es gäbe, um bestimmte Ziele zu erreichen.

Mit der Entwicklung des Klimaschutzkonzeptes sei das sehr erfahrene Büro BAUM.consulting betraut worden, das auch das Klimaschutzkonzept des in vielen Punkten eine Vorreiterrolle inne habenden Kreises Steinfurt erarbeitet habe und das auch das Land NRW seit vielen Jahren in seiner Klimaschutzstrategie berate. Sinnvoll erscheine die Erstellung eines überregionalen gemeinsamen Klimaschutzkonzeptes, da es einige Grenz überschreitende Projekte und Themenfelder gebe. Daher habe man alle gesellschaftlich relevanten Gruppen einbezogen und deren Erwartungen und Bedenken erfragt. Auch habe man versucht Befürchtungen, dass in Planungshoheiten eingegriffen werde, zu zerstreuen. Als Kosten seien 58.000 Euro veranschlagt, wobei 65 % der Bund aus Fördermitteln zahle und der Rheinisch-Bergische Kreis knappe 20.000 Euro. Dafür habe jede Kommune als Start eine eigene CO²- und Energiebilanz erhalten.

Dabei sei überraschender Weise festgestellt worden, dass der Energieverbrauch innerhalb des Kreises trotz der vielfältigen Aktivitäten seit 1990 nicht gesunken sei bei keinem Bevölkerungsschwund sondern Zuzug und einer prosperierenden Wirtschaft. Erfasst worden seien die tatsächlichen Energieverbräuche der letzten 5 Jahre. Über diesen Zeitraum hinaus sei auf Daten des Bundes zurückgerechnet worden.

Die zweite überraschende Erkenntnis sei, dass in den letzten 5, 6, 7 Jahren ohne Ende über Photovoltaikanlagen und Windkraft diskutiert worden sei, man dabei aber nur über 16 % unseres Endenergieverbrauchs gesprochen habe, denn die wirklichen Energieverbräuche lägen mit 50 % Wärmeenergie und mit 36 % im Bereich des Verkehrs.

Diese Erkenntnis habe Herr Wölwer aufgrund der allgemeinen politischen Bewertungslage und aufgrund der Diskussionen nicht erwartet.

Die Werte der CO²-Bilanz seien ähnlich. Im Vergleich zur Bundesrepublik läge der Rheinisch-Bergische Kreis mit 8,5 t unter dem Durchschnitt.

Nachfolgend würden die einzelnen Zielszenarien betrachtet:

Strom - Die ermittelten derzeitigen Werte 3 % erneuerbare Energien seien sehr weit entfernt von den in 20 bis 30 Jahren angestrebten 100 %. Eine hundertprozentige Versorgung beim Strom würde bedeuten, dass 35 % unserer Dachflächen mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet und 40 große, 3 Megawatt leistende Windenergieanlagen im Kreis gebaut werden müssten, dass die Kraft-Wärmekopplung gegenüber heute um 100 % erhöht und alle Wasserkraft, verfügbar nur in der großen Dünntalsperre, auch zur Stromerzeugung eingesetzt werden müsste. Darüber hinaus werde Biomasse infolge des vor einigen Jahren gegründeten Holzclusters Bergisches Land schon sehr intensiv genutzt. Fakt sei, dass keines der angestrebten Ziele ohne intensivstes Reduzieren der Verbräuche erreicht werden könne.

Neu sei eine Windpotentialstudie, die zeige, dass es innerhalb des Rheinisch-Bergischen Kreises nur eine etwas größere zusammenhängende Fläche in Odenthal gebe, die für das Aufstellen von Windkraftanlagen geeignet sei, wobei man sich mögliche Interessenskonflikte leicht vorstellen könne. Darüber hinaus gebe es weitere Flächen an den Kreisgrenzen zu Remscheid/Solingen oder dem Oberbergischen Kreis. Hierdurch werde die angestrebte Zahl 40 % schon sehr stark eingeschränkt.

Bei der Wärme verhalte es sich ähnlich. Der heutige regenerative Anteil liege bei 5 % aufgrund der relativ vielen Holzheizungen im Kreisgebiet. Bei der Wärme, die den größten Teil in der Energiebilanz ausmache, könne man sehen, dass wir uns nur dann selbst versorgen könnten, wenn der Verbrauch gegenüber heute um 70 % reduziert würde.

Dazu müssten bundes- und landesrechtliche Bauvorschriften geändert werden. Altbausanierungen und Neubauten in Niedrigenergie oder Passivhäuser wären notwendig sowie neben der Verbrauchsreduzierung und Photovoltaikanlagen auch Kraft-Wärmekopplung und Wärmepumpen.

Das Thema Verkehr sei sicherlich das am schlechtesten beeinflussbare Szenario. Man könne sich die politischen Diskussionen vorstellen, wenn Einschränkungen verhängt würden. Bei dem entsprechenden technischen Standard und einem Anteil von E-Mobilität könne ein mindestens 50 %iger CO²-Ausstoß nicht vermieden werden.

Bei Verfolgung der Ziele des erreichbaren Szenarios 2 mit heutigen technischen Möglichkeiten, könne hinsichtlich des CO² Ausstoßes eine Minderung von 58 % erreicht werden. Das halte er für bemerkenswert, zumal man nicht absehen könne, wie sich die technische Entwicklung fortsetze.

Thema Wirtschaftlichkeit - Bei Betrachtung der derzeitigen Endenergieverbräuche wisse jeder, dass diesem Energieverbrauch ein Wert entgegenstehe, ablesbar am Zähler und der Stromrechnung. Derzeit werde dieser Wert extern eingekauft, ähnlich der Wärme mit Öl und Gas und beim Verkehr mit dem Kraftstoff. Da diese Dinge nicht selbst produziert würden, fließe das Geld, das dafür ausgegeben werde, aus dem Kreis ab und stehe deshalb innerhalb des Kreises nicht mehr zur Verfügung.

Wenn demnächst diese Energie über Photovoltaikanlagen, Windkraft und Biomasse selbst erzeugt würde, bliebe dieses Geld für Investitionen und Konsum im Kreis verfügbar. Das bedeute keinesfalls, dass diese Investitionen von den Kommunen getätigt werden müssten. Interessant sei zu überlegen sei, welche Potentiale in der Altbausanierung stecken würden, welche darin, Photovoltaikanlagen auf die Dächer zu bringen oder Windkraft im eigenen Kreis zu erzeugen, an der wir selber beteiligt seien über Stadtwerke oder Bürgerenergiegenossenschaften. Eine daraus resultierende Geldschöpfung sei durchaus realistisch. Die beiden touristisch orientierten Landkreise Cochem/Zell und der Kreis Rhein/Hunsrück seien bereits heute schon zu 100 % Selbstversorger. Dort könne man die Wertschöpfungen mit Gewerbesteuer, Pacht und dem Zugewinn an Arbeitsplätzen bereits heute rechnerisch nachweisen.

Erreicht werde dies mit ca. 100 Maßnahmen, aber keine einzige werde aktuell beschlossen. Heute würde lediglich eine Handlungsempfehlung ausgesprochen. Jede Einzelmaßnahme werde in den politischen Gremien einzeln erörtert und entschieden. Es werde in keinerlei Planungshoheiten der Gemeinde eingegriffen. Wichtig sei ein Konsens.

Herr Ziffus bedankt sich bei Herrn Wölwer und erkundigt sich nach Fragen und Anregungen.

Herr Dlugosch hält das ganze Konzept für theoretische Fiktionen ohne konkrete Handlungsrichtlinien. Z.B. bei Photovoltaik entscheide der einzelne Eigentümer selbst, ob er eine solche Anlage aufs Dach schraube. Zudem komme Photovoltaiktechnik immer mehr in die Kritik. Auch deren Sinnhaftigkeit werde von Umweltschützern angezweifelt.

Ebenso Windräder in Odenthal - mit welchen politischen Schwierigkeiten da zu rechnen sei. Es handle sich bei allem um Maßnahmen, die man nicht erzwingen könne. Daher halte er diese Maßnahmen für Selbstbeschäftigung der Verwaltung, die viel Geld koste und kündigt seine Gegenstimme an.

Herr Ziffus wendet zur Richtigstellung ein, dass nach seiner Erkenntnis bereits heute eine Kilowattstunde aus einer guten Solaranlage weniger koste als der Strom, den man von der Belkaw beziehe. Von daher komme der Selbstversorgung eine große Bedeutung zu, denn sobald etwas wirtschaftlich sei, werde es auch umgesetzt.

Herr Wölwer äußert anknüpfend an das von ihm zum Schluss gesagte, dass es eine Tatsache sei, dass sich die Republik auf den Weg mache, um die vom Bund beschlossene Energiewende umzusetzen. Das bedeute, dass es notwendig sei sich eine Beteiligung daran zu überlegen, um nicht davon überrollt zu werden. Auch sei überaus sinnvoll zu prüfen, welche Vorteile daraus gezogen werden könnten.

An dieser Stelle werde keine Solaranlage beschlossen und auch kein Bürger gezwungen, eine solche Anlage zu bauen, aber dass Politik und Verwaltung ihm Hilfestellung dazu geben würden. So führe man derzeit Gespräche mit privaten Dritten, ein Solardachkataster zu erstellen. Das werde nach jetziger Einschätzung keinen Cent kosten, weil Dritte die Finanzierung übernehmen.

Ein solches von den Volks- und Raiffeisenbanken zusammen mit der Kreisverwaltung erstelltes Solardachkataster existiere bereits für den Oberbergischen Kreis. Damit könne man für sein Privathaus feststellen, ob die Dachfläche für eine Photovoltaikanlage geeignet sei oder nicht, wie groß die Anlage sein müsse, welche Leistungen sie erbringen werde, welche Wertschöpfung sie erziele und wann sie sich gerechnet habe.

Eine solche Maßnahme koste die Kommune nichts, bringe aber dem Privatmann eine enorme Hilfestellung, ob sich eine solche Maßnahme rechne. Dadurch habe an dieser Stelle nicht nur der Privatmann einen Nutzen sondern auch der, der diese Anlage baue, der, der sie warte und der, der sie hergestellt habe. In einer positiven Entscheidung zum Klimaschutzkonzept stecke somit auch ein Riesenpotential für das Handwerk.

Herr Wagner dankt Herrn Wölwer für den umfangreichen Vortrag. Er hält den Ansatz für gut und auch die dahinter stehenden Gedanken. Bei der einen oder anderen Zahl habe er zwar Zweifel an

der Erreichbarkeit der einzelnen Ziele innerhalb des abgesteckten Zeitraums, z.B. 100 % erneuerbare Energien bis 2022. Ansonsten gehe er davon aus, dass jeder irgendwann einsehen werde, dass er über eine vernünftige Investition in die von ihm vorgestellten Projekte auch für sich Geld sparen könne. Durch Reduzierung der Belastung nutze man sowohl sich als auch der Umwelt. Er sei sich sicher, dass niemand der Anwesenden die Maßnahmen für unsinnig halte. Allerdings sei ihm wichtig, dass nicht etwas geschaffen werde, das langfristig zu einer Mehrbelastung für Bürger und Stadt führe, denn vor 2022 stehe dafür kein Geld zur Verfügung.

Da es allein in Bergisch Gladbach mehr als 25.000 private Gebäude gebe, geht Herr Ziffus davon aus, dass hinsichtlich Klimaschutz auch in die hier beschriebene Richtung viel passieren werde. Man werde den Verlauf weiter beobachten und sich mittelbar über den Kreis daran beteiligen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach nimmt den Endbericht (2. Entwurfsfassung) vom August 2012 zum Integrierten Klimaschutzkonzept für den Rheinisch Bergischen Kreis zur Kenntnis.

Dieser Beschlussvorschlag wird mehrheitlich gegen die Stimme der Linken und Enthaltung der Freien Wähler angenommen.

Eine Belastung der Stadt Bergisch Gladbach darf damit nicht, auch nicht mittelbar, wie z.B. über die Kreisumlage verbunden sein.

Dieser Beschlussvorschlag wird mehrheitlich gegen die beiden Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN angenommen.

7. Sachstand Projekt RegioGrün 0195/2013

Wie angekündigt, präsentiert Herr Klostermann das Projekt RegioGrün mittels Powerpoint-präsentation. Hinsichtlich der Inhalte verweist er auf die umfangreiche Vorlage. Die Präsentation demonstrierte in Gegenüberstellung einige beispielhafte Punkte vor Beginn der Maßnahme 2010 und nach Fertigstellung.

Der Quellbereich der Strunde, vorher und nach der Baumaßnahme mit dem Quellfächer.

Der häufig vermatschte Trampelpfad entlang der L 286 zwischen Herrenstrunden und der Pulvermühle im Vergleich zum neu gebauten Weg unterhalb der Straßenböschung.

Der Wanderweg selbst sei auch im Strundetäl mangels Abflussmöglichkeit häufig vermatscht gewesen. Ein weiteres Beispiel an der Brücke an der Pulvermühle.

Bei dem der Burg Zweifel gegenüberliegenden Wirtschaftshof seien die Flächen entrümpelt und in der Fläche neu angelegt worden.

Ferner seien 36 größere und kleinere Informationstafeln entlang der Strunde aufgestellt und die Beschilderung des Geopfad es komplett erneuert worden.

Am Ortseingang mit Blick auf die Burg Zweifel seien eine Tanne gefällt und Hecken nachgepflanzt worden.

In einem weiteren Bauabschnitt seien die versumpften Wege am Mühlenteich neu hergestellt und Anpflanzungen vorgenommen worden. Auch habe man eine Seeterrasse neu angelegt.

Ein wichtiges Radwegestück zwischen der Eulenburg und dem Ort Herrenstrunden sei auch erneuert worden.

Insgesamt sei Bergisch Gladbach mit seinen Baumaßnahmen schon sehr weit fortgeschritten. Aus der Vorlage sei der Einweihungstermin 15.06.2013 zu entnehmen. Seit Anfang des Jahres werde unter den übrigen RegioGrün Partnern zunehmend darüber diskutiert, wie es nach 2014 weitergehen solle. Im Mai 2013 werde es dazu ein Förderprogramm mit neuen Förderschwerpunkten geben. Für die Verwaltung sei es wichtig, dazu die Stimmung auch im politischen Raum zu erfragen.

Herr Mömkes bedankt sich für den Vortrag und die umfangreiche Vorlage. Bei 2 Projekten würden Minderkosten erwähnt. Ihn interessiere, ob die Kostenentwicklung auch an anderer Stelle negativ sei.

Herr Klostermann hat noch keinen endgültigen Überblick über die Gesamtkosten, denn viele Projektpartner stünden noch mit ihren Maßnahmen am Beginn oder mitten in der Bausphase. Im Moment sehe es so aus, als ob sich Mehr- und Minderkosten in etwa ausgleichen würden im Rahmen des Gesamtbudgets in Höhe von 13,3 Mio. Euro.

Herr Schallehn hat sich die Örtlichkeit angesehen und hält die Maßnahmen einschließlich der Informationstafeln für gelungen.

Dabei ist ihm aufgefallen, dass die Grube am LVR Museum, in der auch Fossilien vorkommen, mittlerweile von Grünabfällen befüllt worden sei. Auch seien Schilder aufgestellt mit der Aufschrift "Kameraüberwachung" und "Betreten verboten". Er halte das nicht für passend an Stellen, an denen man Fossilien sehen könne und fragt, ob sich das so gehöre und ob die Verwaltung zumindest die Abfälle abholen könne.

Darüber hinaus sei ihm aufgefallen, dass in dem Bereich, in dem die Strunde zweigeteilt fließe, oberhalb in einem relativ geraden Verlauf und unten relativ natürlich, das Wasser des oberen Teils in den unteren Bereich rübersickere und dass dadurch Teile des Weges abgängig seien. Er fürchte, dass der Weg dort unterspült oder weggespült werden könnte.

Herr Klostermann informiert, dass es sich bei dem Steinbruch, an der neuen Dombach, um Gelände im Eigentum von Wolfgang Zanders handele. Bei den Ursprungskonzepten sei in Erwägung gezogen worden, diesen Steinbruch in die Ausgestaltung mit einzubeziehen und die Örtlichkeit als Naturbühne für kulturelle Veranstaltungen mit zu nutzen. Dazu seien mit Herrn Zanders Gespräche geführt und dabei in Erfahrung gebracht worden, dass er diesen Steinbruch zur Zwischendeponie von Gartenabfällen nutze. Dies sei schließlich akzeptiert worden.

Die Unterspülung des Weges sein ihm neu. Wohl sei im Weg ein Rohr verlegt worden, was das Wasser abführe. Auch gebe es dort mehrere Abschlüge rechts des Weges und auf mehreren längeren Teilstücken längere Obergräben, die früher das Wasser zu den Mühlen geleitet hätten. Zur Sicherheit werde die Örtlichkeit aber daraufhin angesehen.

Herr Zalfen berichtet, dass seine Kinder in einem dieser Abschlüge letzten Sommer herrlich rumgematscht hätten. Insgesamt könne er für die gesamte SPD-Fraktion sagen, dass alle Maßnahmen in ihrer Umsetzung als außerordentlich gelungen angesehen würden. Es mache richtig Spaß, diese Wege und Flächen zu nutzen. Ebenso sei der Anblick der freigelegten Denkmäler sehr erfreulich, die jetzt vor ganz anderem Hintergrund zu sehen seien. Er hoffe, dass bei den neuen Mitteln ab 2014 weiterer Lückenschluss in Richtung Köln erfolgen könne, im Bereich des Wachendorffgeländes und auch entlang der Strunde, oberhalb des Waatsacks. Auch sehe er einen Lückenschluss zu dem vorherigen Tagesordnungspunkt, worin die neuen EFRE-Mittel in stärkerem Aspekt in Richtung Klimaschutz gesetzt würden. Für ihn scheine alles in ein Gesamtkonzept hinein zu münden, was von der SPD-Fraktion gerne begleitet werde.

Herr Mömkes ist auch der Meinung, dass weiter an dem Projekt gearbeitet werden solle, was er für eine Bereicherung halte. Dennoch interessiert ihn, ob diese Mittel auch an anderer Stelle in der Stadt einsetzbar wären, wie z.B. für den Kahnweiher, für den ansonsten kein Geld verfügbar sei, damit auch dort die Gegebenheiten verbessert werden könnten.

Hierzu informiert Herr Klostermann, dass das Projekt RegioGrün auf dem Masterplan Grün beruhe, auch mit dem Ziel ein Kulturlandschaftsnetzwerk zu errichten. Am Ende der Vorlage sei auch angedeutet, dass man von der Strundeachse, die ja nur eine radiale Achse von Köln aus sei, dieses Projekt auch in anderer Richtung entwickeln könne. Sicherlich sei es zu früh, da Konkretes zu zu

sagen. Aber der Hinweis, dass man versuche, in irgendeiner Form einen Anschluss an den Königsforst herzustellen, biete ja vielleicht auch die Chance, den Kahnweiher anzubinden. Das als Vision.

Herr Ziffus bedankt sich bei Herrn Klostermann für seine Präsentation und wünscht ihm für die Ausführung viel Erfolg. Bei Problemen werde er sich sicherlich wieder melden.

8. Schallimmissionstechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 2249 – Ehemaliges Wachendorffgelände - 0251/2013

Herr Ziffus informiert, dass das Gutachten den Fraktionen vorab auf CD zugeschickt worden sei und erkundigt sich nach Anmerkungen dazu.

Herr Schallehn wünscht sich einen deutlich früheren Zugang derartiger umfangreicher Gutachten, denn er habe die Unterlagen erst am Vortag erhalten. Das sei eindeutig zu knapp. Er habe zwar grundsätzlich keine Probleme an dieser Stelle und halte den Inhalt auch nicht für grundsätzlich problematisch. Dennoch sei es zweifellos besser, sie früher erhalten zu können

Herr Jäger stimmt dem uneingeschränkt zu. Wenn das Gutachten dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr aber nicht mehr zur Beratung vorgelegt worden wäre, hätte es lt. Zuständigkeitsordnung dem Planungsausschuss nicht vorgelegt werden können. Der Gutachter habe sich sehr schwer getan, so dass mehrfache Nachfragen hätten erfolgen müssen. Das endgültige Gutachten sei auch erst Mittwoch eingegangen, so dass auch der Verwaltung nur ganz wenig Zeit geblieben wäre, die endgültige Fassung weiter zu geben. Er bitte um Nachsicht aber vorliegend sei es nicht anders möglich gewesen.

Das Gutachten selbst berge jetzt nicht mehr so viel Sprengstoff. Die Fragen hätten dazu ausgereicht, im B-Plan die schalltechnische Situation so wie es möglich und geboten sei einzuplanen, so dass es kein Planungshindernis darstellen würde.

Herr Ziffus erklärt, dass **Einigkeit darüber bestehe, dem Planungsausschuss nach Vorlage empfehlen zu müssen, diese entsprechenden Auflagen in die Abwägungen einzubeziehen und dann die entsprechenden Regelungen zu treffen, die dazu dienen würden, dann die entsprechenden Grenzwerte auch einhalten zu können.** Wenn das lt. Protokoll so weiter gereicht werde, könne man mit dieser Vorlage so umgehen und dieses Projekt nicht zusätzlich blockieren, denn er halte es für ein wichtiges und sehr attraktives städtebauliches Projekt.

9. Altlasten- und Bodengutachten zum Bebauungsplan Nr. 2449 - Ehemaliges Wachendorffgelände - 0225/2013

Herrn Ziffus ist aus früheren Untersuchungen bekannt, dass auf dem Gelände wüst deponiert worden sei und nicht so richtig klar werde, wer das gewesen sei.

Dem stimmt Herr Jäger zu. Die jeweiligen Verursacher seien tatsächlich sehr schwierig auszumachen. Man denke zwar immer zuerst an den Voreigentümer, also den Betrieb der Firma Wachendorff, aber seit der Schließung der Firma Wachendorff hätten dort etliche Gewerke in Untervermietung ihre Materialien deponiert, so dass es letztlich unmöglich sei, die Hinterlassenschaften genau zuzuordnen.

Herr Ziffus erkundigt sich nach Fragen oder Anregungen. Dann schlägt er vor so zu verfahren, dass die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom Planungsausschuss

erwarten, diese entsprechenden Erkenntnisse zu be- und verwerten und unter Umständen entsprechende Materialien entfernen zu lassen. Das werde für den Investor sicherlich nicht billig.

Herr Jäger bestätigt, dass Auflagen für den Bebauungsplan definiert seien und diese dem Planungsamt bereits vorlägen, auch abfallrechtliche Vorgaben. Vor allem sei Auflage, dass aus Sicht des Bundesbodenschutzgesetzes alles getroffen werde, dass auch Wohnnutzung möglich sein könne. Dazu müssten fraglos viele Materialien entsorgt werden.

10. Situation des Radverkehrs im Stadtgebiet

0179/2013

Herr Ziffus empfiehlt, künftig an Stelle des Adjektivs "routiniert" das Adjektiv "schnell" zu verwenden, denn er halte z.B. sich selbst für einen absolut routinierten Fahrradfahrer aber für keinen schnellen. Er fahre zwischen 10 und 20 km/h, andere zwischen 20 und 40 km/h. Insofern gehöre er nicht zu der genannten Gruppe. Dennoch halte er die Unterteilung in schnelle und langsame Radfahrer für bedeutend, allein wegen des sich daraus ergebenden Konfliktpotentials mit anderen Verkehrsteilnehmern.

Herr Mömkes findet den Bericht sehr gut, vor allem, weil er den Handlungsbedarf aufzeige, wenn er allein an die Ost-West-Achse Richtung Herrenstrunden denke.

Die CDU-Fraktion sei auch der Meinung, dass an der exemplarisch hier herausgegriffenen Ost-West-Achse weiter gearbeitet werden solle, wie bei RegioGrün gesehen. Hier handele es sich eindeutig um eine Bereicherung für diese Stadt. Deswegen sei für ihn persönlich der Lückenschluss wichtig. Ferner eine deutliche Beschilderung bzw. Markierung der Radwege und Flächen, die von Radfahrern benutzt werden dürften. Wichtig sei ihm auch, dass vor Zebrastreifen auf Asphalt geschrieben werde, "Radfahrer absteigen", um gefährlichen Situationen vorzubeugen, in denen Radfahrer rücksichtslos auf die Fahrbahn auffahren, bzw. die Fahrbahn queren. Darüber hinaus sei der CDU-Fraktion wichtig, dass auf Dauer ein Radwegekonzept und eine Radwegenetzkarte für die Stadt Bergisch Gladbach erstellt werde.

Herr Zalfen schließt sich im Namen der SPD-Fraktion diesen beiden Ideen von Herrn Mömkes an. Zu dem auf Seite 24 der Einladung, Seite 1 des Vorlageanhangs, gezeigten Piktogramm auf den Radwegen regt er an die Presse zu bitten, diese neuen Regelungen zu veröffentlichen, denn auch vielen Bürgern werde die Bedeutung dieses Piktogramms nicht ohne weiteres klar sein, dass dieser Bereich von Radfahrern genutzt werden dürfe aber nicht müsse.

Herr Ziffus führt hierzu aus, dass beim Umbau einiger Kreuzungen, z.B. zum Driescher Kreisel und der Dechant-Müller-Straße schlicht vergessen worden sei, die rote Pflasterung fortzuführen. Das habe zur Folge, dass für Fußgänger nicht erkennbar sei, dass dort auch Radfahrer fahren könnten. Ebenso sei für Radfahrer wichtig erkennen zu können, dort tatsächlich auch fahren zu dürfen. Das sei nachträglich nur durch aufgemalte Piktogramme zu lösen. So könne auch in den entstandenen Problembereichen verdeutlicht werden, wo Radverkehr erlaubt sei und in welche Richtung nicht. Die Verwaltung habe die Benutzungspflicht für Radwege im Stadtgebiet aufheben müssen. Er gehe davon aus, dass diese Maßnahme in den nächsten Monaten abgeschlossen werde. In diesem Zusammenhang halte er die Aufzeichnung von Piktogrammen für eine große Hilfe.

Herr Höring erinnert, dass es neben der Ost-West-Achse noch ganz viele Nord-Süd-Achsen im Stadtgebiet gebe. Daher regt er an einen Zeitpunkt anzustreben, an dem entsprechende Ausarbeitungen für alle größeren wichtigen Achsen der Stadt vorliegen würden, aus denen man dringenden bis wünschenswerten Handlungsbedarf entnehmen könne. Er könne sich vorstellen, dass die vielen Fahrrad begeisterten Menschen in der Stadt oder der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC), der mit Kritik in der Vergangenheit nicht gespart habe, hilfreich tätig werden könnten. Beim ADFC könne man z.B. anfragen, ob er möglicher Weise für andere Routen solche

Berichte mit Fotos anfertigen und zur Verfügung stellen könne, um so Politik und Verwaltung zu unterstützen, den Fahrradverkehr in Bergisch Gladbach in kleinen Schritten zu verbessern.

Herr Ziffus berichtet, dass er am Vortag mit jemandem aus diesen Kreisen zu tun gehabt habe. Da sei noch einmal deutlich geworden, dass ein Radfahrer, der im Schnitt 30 - 40 km/h fahre, in den Straßen anders fahren möchte und dort weniger Probleme habe, im Verkehr mitzufahren als jemand, der dort mit nur 10 km/h entlang zuckele. Wenn ein Lkw-Fahrer hinter einem mit 40 km/h fahrenden Radfahrer fahren müsse, würde er das eher tolerieren als bei jemandem mit 10 km/h. Bei diesem werde er eher Schwierigkeiten machen. Man müsse die Interessen der unterschiedlichen Gruppen berücksichtigen. Es gebe auch zwischen den Radfahrern massive Konflikte, denn es gebe unter den Radfahrern die "Porschefahrer" und die "Normalen". Da sei es nicht ganz einfach zu den entsprechenden Kompromissen zu kommen.

Abschließend fasst er zusammen, dass **der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis nehme und der Verwaltung eine zügige Umsetzung mit entsprechenden konkreten Vorschlägen aus diesen 3 Problembereichen wünsche.**

11. Straßenbeleuchtung

0221/2013

Herrn Ziffus ist aufgefallen, dass am Driescher Kreisel 3 Laternentypen stehen würden, eine alte und zwei unterschiedliche neue Laternen.

Herr Hardt informiert, dass dort 2 verschiedene neue Modelle stünden, eine davon eine Zebrastreifenleuchte für den Überweg. Er weist darauf hin, dass die Ausschussmitglieder die vielfältigen Modelle in Farbkopie erhalten hätten. Einige überzählige könnten noch zur Verfügung gestellt werden. Diese Unterlagen zeigten einen Querschnitt dessen, was im Moment auf dem Markt sei.

Als Hinweis auf die Optik weist er darauf hin, dass rund oder eckig auch für die Anwohner in den Wohnstraßen Geschmacksache sei. Daher habe man sich innerhalb der Verwaltung darauf geeinigt, möglichst Produkt neutral auszuschreiben und dann in erster Linie aufgrund der Wirtschaftlichkeit des Gesamtangebotes zu vergeben. Man wolle den Anbietern die Möglichkeit geben, verschiedene Modelle anzubieten. Bei kleineren Preisdifferenzen könne die Gestaltung von einem entsprechendem Beratergremium bewertet werden, so dass man sich bei eventuellen kleineren Preisunterschieden dann für ein geringfügig teureres Modell entscheiden könne.

Herr Ziffus glaubt in den Unterlagen das Modell am Driescher Kreisel wieder erkannt zu haben. Herr Hardt bestätigt, dass es sich dort um das Modell auf Seite 53 handele. In den Unterlagen sei nur die Hauptleuchte abgebildet. Von der Zebrastreifenleuchte gebe es vorliegend keine Abbildung. Das Modell auf Seite 53 sei das mit dem Ausleger, was auch zeige, dass die Unterschiede marginal seien und man letztlich im Vergleich dieser Bilder gar nicht sehen könne, wie sich das Aussehen in der Örtlichkeit darstelle.

Herr Höring hält aktuell eine Diskussion über das Äußere der Leuchten für sehr verfrüht. Wichtiger ist ihm, den Prozess fortzusetzen, der schon lange in der Planung sei und dessen Umsetzung hoffentlich eine Menge Geld spare. Wenige Tagessordnungspunkte zuvor habe man über das Klimaschutzkonzept und Möglichkeiten zu dessen Umsetzung gesprochen. Vorliegend sei maßgebliches Kriterium, die Klimabilanz verbessern zu können. Über Aussehenskriterien könne zu gegebener Zeit diskutiert werden. Die CDU-Fraktion nehme die Vorlage positiv zur Kenntnis und hoffe, dass die möglichst baldige Ausschreibung dann auch reibungslos abgewickelt werden könne.

Herr Wagner weist auf seine Empfehlung in der Arbeitsgruppe hin, nicht mehr alle Leuchten mit Werbetafeln auszurüsten, wie es bei denen an der oberen Hauptstraße geschehen sei, weil diese

Werbetafeln vielfach nicht genutzt würden und dadurch aufgrund mangelnder Pflege und Wartung nach gewisser Zeit einen hässlichen Anblick böten. Wenn man so etwas mache, dann künftig nur über eine Firma, die Pflege und Wartung übernehme.

Herr Komenda freut sich für die SPD-Fraktion, dass das Leuchtenthema kurz vor der endgültigen Umsetzung stehe. Ursprünglich sei angedacht gewesen, einen Leuchtentyp für die gesamte Stadt auszuwählen. Er fürchte, dass davon wahrscheinlich die Fußgängerzone in Bergisch Gladbach ausgenommen werde, weil dem Architekten die Vorstellung von Verwaltung und Politik entgegenlaufe und das, wie meist, mit Zusatzkosten für die Stadt. Er fragt Herrn Widdenhöfer, ob es künftig eine Möglichkeit gebe, bei solch großen Projekten dem Architekten nicht mehr so viel Mitspracherechte einräumen zu müssen.

Herr Widdenhöfer kann diese Frage nicht spontan beantworten. Dazu müsse man sich die Verträge genau anschauen und darin die Aussagen über Urheberrechte und anderes.

Herr Böcker weist darauf hin, dass es glücklicher Weise viele Bäume im Stadtgebiet gebe, dass deren Belaubung aber vielfach dazu führe, dass die Leuchten in ihrer Wirkung ineffektiv würden. Auf der Kaule z.B. werde dies sehr deutlich. Die Leuchten wüchsen zu. Ihn interessiere, wie das künftig vermieden werden könne. Er habe die Erneuerung von Leuchten im vergangenen Jahr erlebt, deren Nutzen während der Sommermonate aber nur sehr gering wäre.

Herr Hardt bestätigt dies und führt aus, dass diese Gegebenheiten als Argument dafür gedient hätten, die Beleuchtung mancher Straßenzüge neu zu konzipieren, weil innerhalb von 40 Jahren sowohl im Straßenraum als auch auf Privatgrundstücken Begrünung entstanden sei. Einerseits müsse dafür gesorgt werden, dass privates Grün zurück geschnitten werde. Die Stadt selbst dürfe andererseits aber auch nicht den Fehler begehen, Leuchten in Baumscheiben zu setzen oder Baumscheiben neben Leuchten anzulegen. Aktuell ergebe sich die Gelegenheit, dies längerfristig günstig zu beeinflussen. Nach 40 bis 50 Jahren müsse man die Standorte erneut daraufhin prüfen.

Herr Ziffus erinnert, dass angedacht worden sei, in bestimmten Bereichen wie vor dem Bensberger Schloss eher historisierende Leuchten zu installieren. Insofern stimme er Herrn Komenda zu, über Äußeres im Einzelfall vorab zu diskutieren. Es sei geplant gewesen, auf Stadtviertel aus früher Neuzeit und Mittelalter Rücksicht zu nehmen und dort andere Leuchten zu installieren als in normalen Gründerzeitvierteln oder modernen Vierteln.

Herr Hardt verweist auf die Vorlage, in der auch Beispiele wie die Auffahrt zum Bensberger Schloss, An der Eiche, der Paffrather Fußgängerzone und dem Peter-Büring-Platz genannt würden. Für diese Bereiche seien Sondermodelle vorgesehen, von denen man hoffe, diese auch zu wirtschaftlichen Konditionen im Rahmen dieses Projektes realisieren zu können.

Herr Ziffus ergänzt, dass es inzwischen vielerorts historisierende Lampen auch mit LED-Technik gebe und fasst zusammen, dass **der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Vorlage zur Kenntnis nehme und die Verwaltung dazu auffordere, möglichst zügig, mit höchstem Zeitdruck an diesem sehr sinnvollen Projekt weiter zu arbeiten.** Darüber hinaus dankt er den Verwaltungsmitarbeitern für ihre ausführlichen Mitteilungen.

12. **Aufhebung des Bewohnerparkens in dem städtischen Wohnquartier
Heidkamper Straße, Cederwald, Cederstraße**
0213/2013

Herr Mömkes erkundigt sich bei der Ordnungsbehörde, ob es wirklich zutreffe, dass der Parkdruck in diesen Straßen deutlich zurück gegangen sei oder ob es so sei, dass die Anwohner eher mehr dort parken als es vorher der Fall gewesen sei.

Herr Widdenhöfer führt aus, dass der ursprüngliche Parkdruck durch Mitarbeiter der damaligen Firma Zanders und den Kunden der Kaufhalle, der zur Einführung des Anwohnerparkens geführt habe, weggefallen sei. Natürlich fülle sich der Parkraum wieder aber man habe hier eine völlig normale Situation. Ein Rechtsanwalt habe für einen Anwohner argumentiert, dass es keinen Grund gebe, von seinem Mandanten Gebühren für das Anwohnerparken zu verlangen, weil die Rechtsgrundlage entfallen sei, was zutreffe. Deshalb und wegen der Gleichbehandlung mit anderen Straßen sei beabsichtigt, das Anwohnerparken aufzuheben

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr nimmt die Vorlage zur Kenntnis

13. Verkehrsführung Buchmühlenstraße 0186/2013

Herr Ziffus weist darauf hin, dass die Verwaltung zu der Verkehrsführung Buchmühlenstraße verschiedene Alternativskizzen vorgelegt habe und erkundigt sich nach Anregungen und Fragen.

Herr Höring begrüßt, dass die schon mal im Ausschuss beratene und favorisierte Variante in Richtung Hauptstraße die sinnvollere Einbahnstraßenregelung sei. Daher werde die CDU-Fraktion diesem Vorschlag auch zustimmen. Außerdem sei erfreulich, dass die Anregung, auf der Laurentiusstraße bis zum Frohnhof abwärts fahren zu können, mit relativ geringen Veränderung umgesetzt werden könne, wie es in der Vorlage dargestellt worden sei. Diese Lösung werde sicherlich die Verkehrsführung etwas verbessern und entschärfen, auch hinsichtlich der Parksuchverkehre. Daher werde die CDU-Fraktion auch diesem Vorschlag so zustimmen.

Herr Zalfen erinnert, dass die SPD seinerzeit eine andere Auffassung gehabt habe, genau entgegengesetzt im Verlauf. Aber man werde dennoch heute zustimmen und im Laufe des nächsten Jahres die Gegebenheiten beobachten. Falls sich dann Probleme ergäben, müsse man diese dann diskutieren und falls notwendig, etwas verändern.

Herr Ziffus führt aus, dass durch das Fehlen der Parkplätze an der Buchmühle das Parkhaus am Marienkrankenhaus deutlich intensiver frequentiert werde und entsprechend auch gelegentlich besetzt sei. Bisher habe dann auch, wer mit Schmerzen zu einer Untersuchung wollte, komplett zurück fahren müssen. So könne man unmittelbar im Anschluss im Bereich der Buchmühle nach einem freien Parkplatz suchen.

Herr Widdenhöfer weist auf die Fußgängerkanzel im Einmündungsbereich der Laurentiusstraße zur Buchmühle hin, die in Absprache mit dem Marienkrankenhaus und dem Seniorenwohnheim angelegt worden sei, um den Senioren den Übergang zu erleichtern. Der Verwaltungsleiter des Marienkrankenhauses habe seine Zustimmung zu einer Verlegung dieser Kanzel in Richtung Innenstadt erteilt.

Frau Bilo erkundigt sich nach der voraussichtlichen endgültigen Fertigstellung der Maßnahme Buchmühlenstraße.

Herr Kremer informiert, dass die Maßnahme Buchmühlenstraße kurzfristig abgeschlossen werde. Der heutige Beschluss diene der Verwaltung dazu mit den Veränderungen zu beginnen. Er gehe davon aus, innerhalb kurzer Zeit, innerhalb der nächsten Wochen.

Herr Ziffus lässt abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt einstimmig, bei Enthaltung der beiden Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Stimme der Fraktion

die Linke/BfBB, den Einrichtungsverkehr in der Buchmühlenstraße mit Fahrtrichtung Hauptstraße einzuführen und die dafür erforderlichen begleitenden Maßnahmen durchzuführen.

14. Änderung Straßenbauprogramm

0227/2013

Herr Ziffus führt ein, dass es sich vorliegend bei den Änderung im Straßenbauprogramm um die Straßen Industrieweg, Vinzenz-Pallotti-Straße und Niedenhof handele und erkundigt sich nach Fragen und Anregungen.

Herr Mömkes wünscht sich mit Zusendung der Niederschrift eine Auflistung der Straßen, die 2013 und 2014 realisiert werden sollen.

Zusätzlich interessiert ihn, warum neben der Ottostraße und der Eugen-Langen-Straße in Kippekausen nicht auch die Waidmannstraße als Straßenbaumaßnahme erfasst sei.

Herrn Wagner ist es ein wichtiges Anliegen, bei Erstellung der Ottostraße keinesfalls wieder Bodenwellen einzubauen sondern unbedingt darauf zu verzichten, weil gerade Rettungsfahrzeuge und Busse damit Schwierigkeiten gehabt hätten und Bodenwellen eher zur Beunruhigung als zur Beruhigung des Verkehrs führen würden. In einer Zeitung sei irrtümlicherweise von Bodenwellen zu lesen gewesen. Zur Verkehrsberuhigung könnten unterschiedlich farbige Pflasterungen dienen.

Herr Hardt informiert, dass die Waidmannstraße ursprünglich mit im Programm gewesen sei. Weil der Kanal aber doch nicht verändert werden brauchte, könne auf eine Erneuerung der Straße verzichtet werden. Das sei auch für die Anlieger von Vorteil, da sie dadurch nicht zu Kosten herangezogen würden. Bei der Ottostraße und der Eugen-Langen-Straße würde in jedem Fall bei positivem Beschluss eine Bürgerinformation durchgeführt und für die endgültige Gestaltung ein Maßnahmenbeschluss des Ausschusses eingeholt.

Herr Mömkes erkundigt sich, warum der Kanal in der Waidmannstraße nicht gebaut werden müsse.

Herr Wagner vom Abwasserwerk erklärt, dass nur bei Umstellung auf Trennsystem die Waidmannstraße mit einbezogen worden wäre.

Herr Ziffus lässt abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt einstimmig die geplanten Änderungen beim Straßenbauprogramm 2013.

**15. Regionale 2010, Gestaltung des öffentlichen Raumes - Stadtmitte West:
Beschluss zum Lampentyp**

0237/2013

Herr Ziffus führt ein, dass dieser Tagesordnungspunkt mit Tagesordnungspunkt A 11 hätte abgestimmt werden können.

Herr Kremer informiert, dass er in der Arbeitsgruppe zu den Preisunterschieden befragt worden sei. Zwischenzeitlich habe er die Preise der einzelnen Leuchten herausuchen lassen.

Die ursprüngliche Leuchte von Trilux, jetzt als Natriumdampf Lampe, hätte 850 € gekostet, die der Firma Poulsen 901 €, schon mit LED, 2 Modelle der Firma Philips 1.666 €, eine Leuchte der Firma OSRAM 1.132 € und ein Modell der Firma Selux 1.050 €.

Mit der Leuchte der Firma Poulsen im Vergleich zu der Triluxleuchte werde das Preis-Leistungsverhältnis gut eingehalten.

Herr Dlugosch fragt, ob es nur einen Lampentyp zu Auswahl gegeben habe und nur ein Modell. Ihn interessiere, warum man nicht 2 oder 3 Modelle vorstelle, um ein bisschen abwägen zu können wenn man sich ohnehin für einen neuen Lampentyp entscheiden müsse. So werde einer vorgesetzt sicherlich gäbe es noch andere Modelle, die vielleicht interessanter rüber gekommen wären.

Herr Kremer weist darauf hin, dass versucht worden sei, die preisliche Nuancierungen so zu halten, dass das beschlossene Limit eingehalten werde. Sicherlich hätten andere Firmen auch ähnliche Modelle wie die Ursprungslampe. Vorliegend sei es sowohl ums Design als auch um den Preis gegangen. Um den Preis ließe es sich nun mal nicht streiten. Es handele sich um ein schwieriges Thema. Es gehe auch um technische Funktionen und um Design, das man versucht habe in dieser Lampe darzustellen.

Herr Ziffus ist besorgt, dass die auf dem Bild auf S. 73 dargestellte Leuchte auch zur Seite strahle und erkundigt sich, ob das zutrefe und ob der Leuchtenkörper transparent sei.

Herr Kremer bestätigt, dass die Glocke der Leuchte transparent sei, es sei eher ein Hinterleuchten, wie von einer Milchglasscheibe, was letztendlich keinen Effekte im größeren Stile auf benachbarte Fenster habe. Sicherlich würde das Licht von da aus wahrnehmbar sein. Aber es werde keine direkte Lichteinwirkung in Richtung Fenster geben. Es handele sich um ein betonendes Element hinsichtlich Design.

Herr Ziffus erinnert, dass z.B. bei dem "Tellerminentyp" das Licht so geblendet habe, dass man die Fassaden darüber gar nicht mehr habe wahrnehmen können.

Herr Kremer relativiert, dass es sich um einen Effekt gehandelt habe. Die Leuchte hänge schon seit einiger Zeit im Bereich der Galerie. Dort sei der Effekt nicht mehr zu erkennen gewesen.

Für Herrn Wagner sind möglichst lange Nachkaufmöglichkeiten ein wichtiges Entscheidungskriterium, um nicht bereits nach wenigen Jahren beschädigte oder defekte Leuchten durch andere Modelle ersetzen zu müssen. Oder ob die Stadt sich mit Zusatzleuchten bevorraten wolle, um so auf absehbare Zeit Ersatz bereitstellen zu können?

Herr Kremer weist darauf hin, dass der Zeitraum vom Tagen der Arbeitsgruppe bis jetzt noch nicht ausgereicht habe, diese Fragen zu klären. Er gehe davon aus, dass es sich in normalem Rahmen halten werde, wie bei den anderen Leuchten auch, weil es keine Einzelleuchten seien sondern sie in vielen Städten verwendet würden. Der LED-Teil sei auch ein universeller Teil. Im Umkehrschluss werde man die Anregungen aufnehmen und diese Fragen mit der Firma diskutieren und auch möglichst fest schreiben

Herr Ziffus fragt nach, ob die Leuchtkörper im Inneren der Lampen wenigstens kompatibel seien mit den Leuchtkörpern in den anderen Lampen oder ob dann wieder andere angeschafft werden müssten.

Herr Kremer erinnert an die Beschlüsse vor längerer Zeit, wo die Gesamtbeleuchtung der Stadt diskutiert worden sei. Darin seien für bestimmte Bereiche Sonderlampen akzeptiert worden. Es sei relativ schwierig, bei solch einer Form eine gleiche Form bei den Straßenleuchten wieder zu finden, um dann Kompatibilität zu erhalten. Vielleicht sei das bei elektrischen Geräten möglich, aber bei Leuchtkörpern halte er das für etwas schwierig. Glocken und lang gestreckte flächige Modellen könnten nicht unbedingt einheitlich sortiert werden.

Herr Ziffus hält abschließend für hilfreich, wenn die elektronischen Steuerelemente schon identisch wären. Danach lässt er abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hebt den in seiner Sitzung am 29.09.2011 gefassten Beschluss zum Lampentyp der Hängeleuchte (Firma Trilux, Modell Sonnos, Halogen-Metall dampflampe) auf und beschließt statt dessen die Lampe der Firma Louis Poulsen, Modell ICCON-LED.

Dieser Beschluss wird einstimmig gefasst, bei einer Enthaltung der Fraktion Die Linke/BfBB.

16. Anträge der Fraktionen

16.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2013 zu dem beigefügten Bürgerschreiben vom 01.02.2013, die Verkehrssituationen im Talweg und an der Kreuzung Bensberger Straße/Richard-Zanders-Straße zu verbessern. *0217/2013*

Herr Höring bedankt sich für die ausführliche Stellungnahme. Zum Punkt Kreisverkehr könne sich die CDU-Fraktion der Sichtweise der Verwaltung hinsichtlich Platzmangels und Kosten anschließen.

Zur Verkehrsführung Talweg bestünde eine differenzierte Sichtweise.

Die dortige verkehrliche Situation habe er sich zu Rushhourzeiten angesehen und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass dort mühelos schneller gefahren werden könne. Um nicht nur zu mutmaßen, bitte und rege er an, dort mittels Datenerfassungsgerät die tatsächliche Zahl der Fahrzeuge und deren gefahrene Geschwindigkeiten zu ermitteln. Der CDU-Fraktion sei bewusst, dass jede Veränderung dieser Straße durch Abpollerung oder wie auch immer, Verkehr umlenke. Daher sei wichtig vorher zu ermitteln, ob eine solche Maßnahme nutzbringend sei oder zu Problemen in anderen Bereichen führen würde. Auf der einen Seite stünde das verständliche Interesse der Anwohner, dass diese Straße nicht als Raserstrecke und Abkürzung genutzt werde. Andererseits müsse auch der Gesamtverkehr in diesem Gesamtbereich im Blick behalten werden.

Herr Ziffus informiert, dass Frau Winkels und er Betroffene seien, weil sie in diesem Viertel wohnen würden.

Als Vertreterin für beide bestätigt Frau Winkels, dass im Talweg eindeutig schneller als Tempo 30 gefahren werde. Selbst Lastzüge, die unterwegs zwangsläufig irgendwo stecken bleiben würden, nähmen diese Straße als Abkürzung. Vom Kaufland kommend würde versucht, durch den Talweg, über die Bensberger Straße zur Ferrenbergstraße die gesamte Innenstadt zu umfahren. Um dies zu unterbinden regt sie die Einrichtung einer unechten Einbahnstraße an, um zu mindest den Aufwärtsverkehr vom Kaufland kommend, auszubremsen. Dadurch würden die Wege so kompliziert und eng, dass es sich nicht mehr lohne, abzukürzen.

Herr Ziffus ergänzt, dass er sowohl durchfahrende Fahrzeuge mit geschätzter Geschwindigkeit von 70/80 km/Std. erlebt habe, als auch nachts beim Fahren mit Tempo 30 von der Polizei zur Alkoholkontrolle angehalten worden sei. Auch würde man beim Fahren mit Tempo 30 oftmals von dicht auffahrenden Autofahrern bedrängt. Zur nachhaltigen Temporeduzierung regt er Radarkontrollen, wie von anderen Städten vorgenommen, an.

Herr Zalfen unterstützt für die SPD-Fraktion den Vorschlag der CDU-Fraktion auf Erfassung von Zahl und Geschwindigkeit durchfahrender Fahrzeuge während eines bestimmten Zeitraums. Für sinnvoll hält er im Anschluss daran das Aufstellen eines Einbahnstraßenschildes am Kaufland für z.B. 3 Monate und eine Zusatzmessung. Danach könne man aufgrund der vergleichbaren Ergebnisse abschließend entscheiden, denn Blitzer könnten nur an polizeilich anerkannten Gefahrenpunkten installiert werden.

Herr Widdenhöfer wird den Vorschlag der unechten Einbahnstraßenregelung an Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr weiter leiten. Er hoffe, bis zur nächsten Sitzung Erkenntnisse weitergeben zu können. Darüber hinaus informiert er, dass in der Vergangenheit vergeblich versucht worden sei, ein Datenerfassungsgerät zu installieren.

Herr Uttich ergänzt, dass das Datenaufzeichnungsgerät in ständigem Kontakt mit der Straße stehen müsse, weder im Einmündungs- noch im Kurvenbereich. Auch dürfe während der Messphase kein Fahrzeug davor parken, denn dadurch werde die Messung unterbrochen. Er habe zwei mal, zusammen mit Kollegen vor Ort einen geeigneten Standort vergeblich gesucht. In der Straße Talweg seien keine Parkbuchten eingezeichnet, weil dadurch Parkraum vernichtet würde. Durch das Umfahren müssen der geparkten Fahrzeuge würde die Geschwindigkeit der durchfahrenden Fahrzeuge zwangsläufig reduziert. Das beliebige Parken habe aber für eine Messung den möglichen Nachteil, dass auch jemand im unmittelbaren Bereich eines aufgestellten Datenerfassungsgerätes parken könne.

Herr Höring schildert, dass er beim Durchfahren des Talwegs mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit hätte fahren können, da zu diesem Zeitpunkt nur einseitig geparkt worden sei. Alternierendes Parken habe er nicht erlebt.

Frau Winkels ergänzt, dass im Bereich ihres Hauses nur auf der gegenüber liegenden Straßenseite geparkt werden könne. Obwohl der Verkehrs beruhigende Fahrbahnaufbau nur 20 m entfernt sei, werde vor ihrem Hause schon wieder deutlich beschleunigt. Zu Zeiten, als die Kinder kleiner waren, habe sie in Erwägung gezogen, zur Verkehrsberuhigung und als Hinweis auf Kinder, nicht mehr benutzte Dreiräder an die Straße zu stellen. Zusätzlich weist sie darauf hin, dass die Straße Talweg von den Schülern des benachbarten Berufskollegs als Ausweichparkplatz genutzt würde.

Herr Widdenhöfer erscheint das Durchfahren des Talwegs alternativ zur Umfahrung des Staus auf der Richard-Zanders-Straße und der Bensberger keinesfalls Zeit sparend zu sein, weil er in der Regel u.a. wegen Müllfahrzeugen oder entgegenkommenden Fahrzeugen irgendwo stecken geblieben sei.

Er fasst zusammen, **dass sich die Verwaltung erneut um die Möglichkeit der Datenerfassung kümmern werde. Gleichzeitig werde eine unechte Einbahnstraßenführung geprüft und die Ergebnisse dem Ausschuss schnellst möglich zur Kenntnis gebracht.**

Dieser Vorschlag wird einvernehmlich angenommen.

16.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2013, alle Zebrastreifen mit einer Rotmarkierung für Fahrradfahrer zu versehen
0219/2013

Herr Ziffus führt aus, dass es sich bei der Rotmarkierung der Fahrradwege entlang von Zebrastreifen um eine Alternative zu der aufgebrachten Schrift auf dem Weg "Radfahrer absteigen" handele. Neulich sei er bis zum Stadion in Köln gefahren und habe auf der gesamten Trasse nach Westen immer wunderbar parallel neben dem Zebrastreifen auf einer Rot markierten Radwegespur fahren können. Er schließe daraus, dass das gesetzlich möglich sei.

Er erkundigt sich, ob über diesen Punkt diskutiert werden oder mit einer entsprechenden Zeitfrist auf eine andere Vorlage gewartet werden solle.

Es herrscht Einvernehmen, auf eine andere Vorlage zu warten.

**16.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2013 zur
Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Dechant-Müller-
Straße/Hauptstraße**
0230/2013

Herr Ziffus begründet den vorliegenden Antrag damit, dass es sich bei dem Kreisverkehr an der Dechant-Müller-Straße um eine der problematischsten Gefahrenstellen für Radfahrer im Stadtgebiet handele, wo man als Radfahrer über drei Zebrastreifen fahren müsse, ehe man wieder in der Spur sei. Er steige als Radfahrer erst da ab, wo für Autofahrer stünde, "Autofahrer bitte ihren Wagen über den Zebrastreifen schieben".

Herr Mömkes wendet ein, dass man wahrscheinlich keinem Bürger in Bergisch Gladbach den Bau eines Kreisverkehrs für Radfahrer an dieser Stelle erklären könne. Zugegebenermaßen sei die Situation für Radfahrer an dieser Örtlichkeit sehr unübersichtlich. Daher solle hier deutlich mit Markierungen gearbeitet werden aber auch mit dem Hinweis, Radfahrer absteigen. Die Örtlichkeit sei eben so gefährlich wie die am Driescher-Kreisel, vor allem, wenn Fahrradfahrer mit relativ hoher Geschwindigkeit aus der Fußgängerzone ausführen. Täglich komme es dort zu sehr gefährlichen Situationen.

Herr Ziffus könnte einige Unfälle nennen, wo Fahrradfahrer, vor allem unter 25 Jahren, umgekommen seien, weil sie mit Kopfhörern ihre Umgebung nicht mehr ausreichend wahrgenommen hätten. Viele Fahrradfahrer würden aus der Fußgängerzone herausrasen, ohne anzuhalten und ohne das Bewusstsein, keine Knautschzone zu haben.

Herr Schallehn hält für keine sinnvolle Maßnahme, Radfahrer an einem Zebrastreifen zum Absteigen zwingen zu wollen. Dabei handele es sich nicht um Radverkehrspolitik, sondern eher um Radentschleunigungspolitik. Er weist darauf hin, dass im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden ein Bürgerantrag auf Einrichtung einer Tempo 20 Zone im Bereich zwischen der Dechant-Müller-Straße und dem Driescher Kreisel an den AUKV verwiesen worden sei. Er rege an, diesen Tagesordnungspunkt 16.3 zu vertagen und ihn zusammen mit TOP 16.4 und dem vorgenannten gemeinsam in der nächsten Sitzung zu diskutieren und darüber dann zu entscheiden.

Herr Zalfen informiert, dass in der SPD-Fraktionssitzung über diese beiden Gefahrenpunkte länger gesprochen worden sei. Einigkeit habe darüber bestanden, Radfahrer durch bauliche Maßnahmen zwingen zu wollen, an dieser Stelle langsamer zu fahren. Dem habe Herr Hardt mit dem Hinweis widersprochen, dass angestrebt sei, barrierefrei zu werden. Aber der Radverkehr müsse an dieser Stelle deutlich entschleunigt werden. Trotzdem würde der gewünschte Kreisverkehr seitens der SPD-Fraktion keinesfalls befürwortet werden.

Herr Mörs schlägt vor, am Ende der Fußgängerzone Baken anzubringen.

Dem hält Herr Ziffus entgegen, dass man damit auch Fußgänger und Lieferanten hemme.

Herr Uttich erinnert, dass er dem Regionaaleam seinerzeit umlegbare Barrieren am Ende der Fußgängerzone und die Aufstellung dieser typischen, gut erkennbaren, zweistöckigen Fußgängerzonenschilder vorgeschlagen habe. Das Regionaaleam habe nur das auf einem Ständer stehende Fußgängerzonenschild gewollt, damit möglichst der gesamte Boden pollerfrei sei. Es solle möglichst alles offen sein. Barrieren seien nicht gewollt.

Mit Schildern und Markierungen zu arbeiten halte er für Makulatur, denn damit erreiche man bei vielleicht 3 % der Radfahrer, dass sie absteigen würden.

Herr Mörs hält Poller bzw. die Absperrgitter, die man umfahren könne, für sinnvoll.

Herr Widdenhöfer weist bei den Absperrungen darauf hin, dass diese behindertengerecht sein müssten und man auch mit einem Rollstuhl durchkommen müsse. Solche könne man auch mit dem Fahrrad zügig umfahren. Er teilt die Einschätzung der Gefährlichkeit für Radfahrer am Ende der Fußgängerzone, am Driescher-Kreisel und der Dechant-Müller-Straße, wo sich bereits ein Unfall ereignet habe, weil die Fahrradfahrerin nicht abgestiegen sondern viel zu schnell gefahren sei. Fahrradfahrer müssten erkennen, dass sie kein Vorrecht hätten. Er schließe sich der Anregung von Herr Mömkes an, mit einer Beschilderung "Radfahrer absteigen" wenigstens eine Warnfunktion anzubringen.

Herr Mömkes weist auf eine von der Stadt Köln vor einem Jahr durchgeführte Aktion hin, bei der sie Fahrradfahrer massiv kontrolliert und ihre Verstöße mit Bußgeldern geahndet habe. Er schlägt die Beschilderung vor und anschließend vermehrte Kontrollen, denn wer kontrolliert worden sei überlege beim zweiten mal, ob er sich wieder verkehrswidrig verhalte.

Herr Schlaghecken geht davon aus, dass in einer Fußgängerzone doch gar kein Fahrrad gefahren werden dürfe. Daher stimmt er dem Vorschlag auf vermehrte Kontrollen zu und regt an, in diesem Zusammenhang auch das Wegwerfen von Zigaretten und Müll zu ahnden.

Frau Stauer hält die Diskussion für sehr deutsch, da etwas über Regeln, Schilder und Baumaßnahmen beeinflusst werden solle, was unnötiges Geld koste. Statt dessen plädiere sie eher für eine Kampagne, die zu mehr gegenseitiger Rücksichtnahme führe. Man müsse manches einfach wieder in das allgemeine Bewusstsein rücken.

Herr Ziffus macht unmissverständlich deutlich, dass die Planung am Driescher Kreisel und der Dechant-Müller-Straße nicht ordnungsgemäß von der Verwaltung gelaufen sei.

Der dafür zuständigen Planer Kurz habe die Interessen der Radfahrer ignoriert, obwohl es klare Mahnungen und Bedenken auch aus dem Bereich des Ordnungsamtes und der Verkehrsplanung gegeben habe, die aber leider nicht wahrgenommen und berücksichtigt worden seien. Die daraus resultierende Probleme würden jetzt deutlich.

Dann erkundigt sich Herr Ziffus nach dem Antrag auf Vertagung, zusammen mit dem TOP 16.4 und dem Antrag aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, in der Hauptstraße zwischen dem Driescher Kreisel und der Dechant-Müller-Straße eine Tempo 20 Zone einzuführen, was dann unter Umständen eine leichter zu praktizierende Lösung wäre als eine reine Fahrradstraße in diesem Bereich.

Herr Schmickler informiert, dass bekannter maßen die Stadt dabei sei, Modellkommune in Sachen Mobilitätsmanagement zu werden. In diesem Zusammenhang sei nahe gelegt worden, sich einer Arbeitsgemeinschaft der Verkehrssicherheit anzuschließen. Dadurch bestehe die Möglichkeit Fördermittel bekommen zu können für Aktionen in Sachen Verkehrssicherheit. Die mündliche Anmeldung vor einigen Wochen werde in den nächsten Tagen durch einen Antrag manifestiert. Die Tendenz der Verwaltung gehe genau in die soeben diskutierte Richtung mit dem Stichwort "Rücksichtnahme Radfahrer". Auch er sei häufig mit dem Fahrrad unterwegs und halte eine derartige Kampagne für sinnvoll für die Stadt, zumal wenn sie finanziert würde.

Herr Ziffus stellt fest, **dass Einvernehmen darüber besteht, diesen Antrag zu vertagen und diese drei Anträge gebündelt als Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln.**

16.4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 18.03.2013, die untere Hauptstraße in Bergisch Gladbach auf dem Abschnitt zwischen der Kreuzung Dechant-Müller Straße bis zum Driescher Kreuz als Fahrradstraße auszuweisen
0215/2013

Der Antrag, die untere Hauptstraße in Bergisch Gladbach, auf dem Abschnitt zwischen der Kreuzung Dechant-Müller-Straße bis zum Driescher Kreuz als Fahrradstraße auszuweisen wird vertagt und soll zusammen mit dem Antrag von TOP 16.3 Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Dechant-Müller-Straße/Hauptstraße und dem eingebrachten Antrag, den Bereich zwischen der Dechant-Müller-Straße und dem Driescher Kreuz als Tempo 20 Zone auszuweisen, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr diskutiert und entschieden werden.

16.5. Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2013 zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen
0190/2013

Herr Höring beantragt den Antrag zu **vertagen**, weil auf Landesebene noch Entscheidungen ausstünden. **Dieser Antrag wird einvernehmlich angenommen.**

16.6. Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2013, eingegangen am 16.04.2013, zum Verkehrskonzept für das Umfeld der Naherholungsanlage am Diepeschrather Weg
0220/2013

Fragen und Anregungen zu diesem Tagesordnungspunkt werden nicht gestellt. Daher wird der Tagesordnungspunkt entsprechend der Vorlage **einvernehmlich in die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 09.07.2013 vertagt.**

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Schlaghecken hat eine zusätzliche Frage zu den Stromkästen in der Fußgängerzone Bergisch Gladbach. Dort sollten ursprünglich 3 Kästen erstellt werden, von denen der vor dem Bergischen Obstladen in der Erde versenkt werden sollte. Dort sei aber keiner.

Herr Kremer antwortet, dass die Anschlüsse noch nicht erfolgt seien. Diese Leistung werde derzeit ausgeschrieben. Der zweite Teil der Frage werde im Protokoll beantwortet.

Frau Bilo

schlägt 1. vor, die nicht mehr genutzte LKW-Zufahrt zum Steinbüchelgelände in der Tannenbergsstraße zu mindest zu verkleinern, um dort weitere Stellplätze für Kurzzeitparker für z.B. Arztbesucher zu schaffen.

2. Die Baustelle der Rheinenergie auf der Dellbrücker Straße sei seit Wochen ein stetiges Ärgernis und verkehrstechnisch nahezu ein Kollaps. Hinzukomme, dass die Rheinenergie Stückchen weise immer wieder die Fertigstellungsangaben verlängere. Sie interessiere, ob die Rheinenergie dazu grundsätzlich berechtigt sei und wie lange sie dort den Verkehr überhaupt blockieren dürfe. Darüber hinaus interessiert sie, ob bei der Rheinenergie Einfluss darauf genommen werden könne,

dass an dieser Baustelle 8 Stunden täglich gearbeitet werde und das nicht nur an 2 Tagen in der Woche.

3. Auf der Saalerstraße sei durch die jetzige Verkehrsführung auch das Parken auf der Fahrbahn eingeschränkt bzw. strikt verboten worden. Da dieses Verbot aber nicht eingehalten werde, bittet sie um vermehrte Kontrollen im Feierabendverkehr und während der Stoßzeiten durch die Ordnungsbehörde.

4. Im Bereich Am Heidetor sei vor einigen Jahren ein neues Baugebiet entstanden, dessen Regenentwässerung in eine Rigole erfolge, die ständig Wasser bevorraten solle.

Frau Bilo macht darauf aufmerksam, dass das seit mindestens einem Jahr überhaupt nicht mehr funktioniere, denn das Wasser fließe sofort ab.

Herr Widdenhöfer informiert zu Frage 2 zur Dellbrücker Straße, dass er unmittelbar mit dieser Maßnahme befasst sei. Man habe sich in Gesprächen mit der Rheinenergie und der KWS bewusst für die Einbahnstraßenregelung entschieden, um so das Bauvorhaben in kürzerer Zeit fertig stellen zu können, lt. erteilter Genehmigung bis Ende September 2013. Die alternative Ampelschaltungvariante würde die Maßnahme erheblich verlängern, da man dann zwei mal in der Straße bauen müsste, einmal Abschnittsweise für das Hauptrohr der Gasleitung und danach für die einzelnen Hausanschlüsse.

Auf die Organisation der Baustelle gebe es als Straßenverkehrsbehörde keine Einflussmöglichkeit, lediglich auf Einhaltung der erteilten Frist

Zu Frage 3 wird Herr Widdenhöfer die Bitte um vermehrte Kontrollen an der Saaler Straße an die Verwarnungs- und Bußgeldstelle weiter leiten.

Herr Kremer teilt mit, dass er zur Dellbrücker Straße die Belkaw und die Rheinenergie angesprochen habe und auch Herr Pick mehrfach Kontakt dorthin gehabt habe. Seitens der Belkaw und der Rheinenergie sollte Kontakt zu Herrn Pick aufgebaut werden, um zu erläutern, warum bestimmte Dinge gemacht würden und warum nicht. Grundsätzlich könne die Firma innerhalb der eingeräumten Frist selbst den Baustellenablauf bestimmen. Solch neuralgische Punkte sollten vermehrt überwacht werden. Daher hoffe er, dass der Kontakt inzwischen hergestellt worden sei, mit entsprechenden Reaktionen.

Herr Schmickler kündigt schriftliche Beantwortung der Fragen zu Am Heidetor und zur Tannenbergsstraße an.

Herr Mömkes erinnert, dass vor einigen Wochen am Driescher Kreisel der Boden ausgetauscht worden sei. Danach habe die Baustelle wochenlang geruht. Heute seien Bäumchen gepflanzt worden. Für künftige Maßnahmen wünsche er sich eine kontinuierlichere, zügigere Abwicklung.

2. Er weist darauf hin, dass die dort längs des Fußweges aufgestellten rot-weißen Baustellenzäune die Sicht der aus der Gohrsmühle in die Hauptstraße in normalem PKW einfahrenden Autofahrer behindern würden. Sinnvoll wäre, wenigstens eines dieser Elemente zu entfernen.

3. In Herrenstrunden sei vor einigen Wochen eine Querungshilfe erstellt worden, die bisher weder verfüllt noch bepflanzt worden sei.

4. stehe auf dem Trotzenburgplatz, unmittelbar neben der Bäckerei Merzenich, ein Stromkasten mehr oder weniger im Wege. Er regt an, diesen an die benachbarte Hauswand zu versetzen.

Herr Kremer sagt zu, die Situation am Driescher Kreisel prüfen und behindernde Baken versetzen zu lassen.

Zum Stromkastens an der Bäckerei Merzenich in der Fußgängerzone werde im Protokoll geantwortet.

Herr Leuthe informiert, dass es sich bei der Verkehrsinsel in Herrenstrunden um einen Teil des Strundeprojektes handele. Bei der Planung sei die Beteiligung der Polizei versäumt worden, was zwischenzeitlich nachgeholt worden sei mit der positiven Folge, dass die Insel sogar breiter als ursprünglich geplant erstellt werden könne, was der Sache zugute komme.

Herr Komenda erinnert, dass vor 2 Jahren am Reisergrund der Fußweg zur Moureauxstraße schön angelegt worden sei. Wegen Unterspülung Hang abwärts zum Bach hin habe man ihn zeitweise komplett sperren müssen. Dort gebe es Fremdwassereintritt von den oberhalb liegenden Genossenschaftshäusern über den Weg hinweg. Er weist auf die extreme Gefährlichkeit durch gefrierendes Wasser auf diesem Weg hin.

Darüber hinaus interessiert ihn, wer die aufgrund der Fehlplanung anfallenden Kosten für die Versetzung der Steine am Driescher Kreisel zahle.

Ferner empört er sich über die Äußerung von Herrn Ziffus, der die verbleibenden Pro-Kopf-Kosten für das Klimaschutzkonzept in Höhe von 27 € pro Einwohner, pro Monat als niedrig propagiere. Im Gegenzug dazu werde beim Abwasserbeseitigungskonzept und vielen anderen Gelegenheiten innerhalb der Ausschüsse um Centbeträge zugunsten der Bürger gerungen.

Herr Schmickler relativiert die auch in der Presse geführte Diskussion über die falsch gesetzten Steine am Driescher Kreisel und die daraus resultierenden Kosten dahingehend, dass es sich eindeutig um einen Planungsfehler handele. Die Kosten zur Neufertigung der beiden Steine betrügen voraussichtlich ca. 5.000 Euro und würden vom Planer gezahlt.

Herr Dlugosch erkundigt sich nach dem geplanten Fertigstellungszeitpunkt der Baustelle Bensberger Straße, da die Belastung für die Bewohner des Lückerather Weges durch den Umleitungsverkehr sehr hoch sei.

Darüber hinaus interessiert ihn das Bachbett der Strunde im Buchmühlepark, was für das darin fließende vielleicht 20 cm tiefe Gewässer unverhältnismäßig tief ausgelegt sei. Selbst bei Hochwasser würde diese tiefe Rinne durch die Strunde nicht ausgefüllt.

Herr Kremer informiert, dass man das natürliche Gefälle des Wasserlaufs beibehalten müsse. Vorliegend handele es sich um einen sehr geringen Zulauf aus einem 30-er Rohr als Provisorium bis der Hochwasserkanal fertig gestellt sei. Durch diese minimale Flutung solle ein "Vermüllen" der Rinne vermieden werden. Endgültig werde ein wesentlich höherer Wasseranteil durchgeleitet werden, allerdings kein Hochwasser. Das Hochwasser werde durch den Hochwasserkanal an der Odenthaler Straße abgeleitet.

Baustellen ausführend an der Bensberger Straße sei der Landesbetrieb. Insofern könne nur aus eigener Beobachtung geantwortet werden. Heute noch habe er 4 - 5 Leute mit 2 Baggern dort arbeiten sehen. Der genaue Endtermin werde im Protokoll genannt werden. *(Die Baustelle ist fertig gestellt.)*

Herr Schlaghecken ergänzt mit der Vermutung, dass der Stromkasten bei Merzenich höchst wahrscheinlich der Interessengemeinschaft gehöre. Er regt an, den Stromkasten bei Veränderung nicht an die Hauswand zu versetzen sondern ihn in der Erde zu versenken. Ursprünglich habe man vorgehabt, die Marktbeschicker und die Interessengemeinschaft anzusprechen, um die vorhanden Kästen unter die Erde zu verlegen. Daraus sei aber nichts geworden.

Herr Ziffus vermutet, dass die Interessengemeinschaft die für die Versetzung der Kästen in der Hauptstraße anfallenden Kosten übernehmen werde

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 19.16 Uhr.

Gezeichnet:

Günter Ziffus
Ausschussvorsitzender

Gezeichnet:

Kamenzky
Schriftführerin